

Kriegshetze to go?
Nicht mit uns!
2 Wochen testen.
■ Siehe Seite 16

1.400 Probeabos für den Frieden!

Durchregiert

Ecuadors Präsident will sich Zustimmung für Rechtskurs sichern. Umfragen sprechen für ihn

3

Exmatrikuliert

Berlin: Anhaltende Debatte über Wiedereinführung des repressiven Ordnungsrechts an Hochschulen

4

Bagatellisiert

Gekommen, um zu bleiben. Über die Rolle der Medien bei der »Rehabilitierung« von Rheinmetall

5

Ausradiert

Westbank: Institut sieht Genozid in ganz Palästina, Human Rights Watch dokumentiert Gewalt

6

Schlagabtausch als Show

Iran mit Raketen angegriffen, Israel gibt keinen Kommentar ab. Offenbar bleibt militärische Reaktion Teherans aus. **Von Knut Mellenthin**



Militärangehörige vor einer Nuklearanlage in Isfahan, Iran (19.4.2024)

Was am Freitag morgen fragten ließ, ob das die angekündigte Revanche Israels für den iranischen Großangriff mit Drohnen, Raketen und Marschflugkörpern am vergangenen Sonntag war, schien sich im Verlauf des Tages auf eine banale »Botschaft« an Teheran zu reduzieren: Israels Streitkräfte sind in der Lage, jederzeit das Territorium der Islamischen Republik zu erreichen. Das ist bei einer Luftlinienentfernung von 1.590 Kilometern zwischen Tel Aviv und Isfahan allerdings keine Sensation.

Ein israelischer Gegenschlag war nach der Operation »Wahres Versprechen«, mit der Iran die Tötung von sieben Offizieren der Revolutionsgarden in seiner Botschaft im syrischen Damaskus am 1. April rächen wollte, als selbstverständlich erwartet worden. Am Dienstag meldeten israelische Medien ohne offizielle Bestätigung, das

Kriegskabinett habe sich über die Art der Reaktion verständigt, nur der Zeitpunkt sei noch nicht festgelegt worden.

Am Donnerstag seien laut *Bloomberg News* die USA darüber informiert worden, dass in den nächsten 24 bis 48 Stunden ein Luftangriff auf Iran stattfinden werde. Ein israelisches Kampfflugzeug habe dann nach Angaben der *Jerusalem Post* in der Nacht auf Freitag Raketen auf einen Stützpunkt der iranischen Luftwaffe bei der Stadt Isfahan abgefeuert. Dieser soll bei den Drohnen- und Raketenangriffen vom Wochenende eine wichtige Rolle gespielt haben. Die iranische Luftabwehr habe versucht, den israelischen Beschuss abzuwehren. Laut der iranischen Agentur *Fars* sei die Flugabwehr auch in der Stadt Täbris aktiviert worden. Zudem seien in der Nacht auf Freitag auch Stellungen in Syrien angegriffen worden.

Zuerst war allerdings aus Iran

berichtet worden, dass kurz nach Mitternacht drei Drohnen über Isfahan aufgetaucht und abgefangen worden seien. Das habe die Explosionsgeräusche verursacht, die weithin wahrgenommen worden seien. Es habe keine Beschädigungen gegeben, niemand sei verletzt worden, hieß es in einer Stellungnahme der iranischen Luftabwehr. Die Nachrichtenagentur *Reuters* zitierte einen nicht näher bezeichneten iranischen »Offiziellen« mit der zunächst unbestätigten Aussage, dass keine militärische Antwort gegen Israel geplant sei. Ein ausländischer Ursprung des Vorfalls sei nicht ermittelt, ein Angriff von außen nicht bemerkt worden. Alles weise eher auf eine »Infiltration« als auf einen Angriff aus Israel hin. Das Wort »Infiltration« wird im Iran in Zusammenhang mit Aktivitäten von bewaffneten Organisationen benutzt, die angeblich von ausländischen Geheimdiensten und Streitkräften unterstützt werden.

Offizielle israelische Stellungnahmen zu den Vorgängen gab es am Freitag zunächst nicht. Mehrere Medien, darunter die *Washington Post*, meldeten jedoch Äußerungen, die anonym bleibenden israelischen »Offiziellen« zugeschrieben wurden. Demnach sei der Angriff »sorgfältig kalibriert« worden und als »Botschaft« gemeint, dass Israel technisch in der Lage sei, im Iran erhebliche Schäden zu verursachen, aber in der gegenwärtigen Situation lieber eine Eskalation vermeiden wolle. In diesem Sinn hatten offenbar in den vergangenen Tagen eine Reihe westlicher Staaten, darunter die USA und die Hauptmächte der EU, auf die von Benjamin Netanjahu geführte Regierung einzuwirken versucht. Die iranische Berichterstattung könnte dafür sprechen, dass auch Teheran es bei dem Schlagabtausch belässt.

■ Siehe auch Seite 6

USA verhindern Palästinas Vollmitgliedschaft in UNO



New York. Durch das Veto der USA im Weltsicherheitsrat ist eine Resolution für die UN-Vollmitgliedschaft Palästinas gescheitert. Zwölf Mitgliedsländer stimmten am Donnerstag in New York dafür, die Schweiz und Großbritannien enthielten sich. Eingebbracht worden war die Resolution von Algerien, nachdem der palästinensische UN-Botschafter Riad Mansur um die Abstimmung gebeten hatte. Laut US-Regierung sei eine Einigung mit Israel auf eine Zweistaatenlösung eine Voraussetzung für die Anerkennung. 2011 war der Antrag auf UN-Vollmitgliedschaft schon einmal am Sicherheitsrat gescheitert. Ein Jahr später räumte die UNO den Palästinensern gegen den Widerstand der USA einen Beobachterstatus ein. Von 193 UN-Mitgliedstaaten haben bisher 139 Palästina als unabhängigen Staat anerkannt. Deutschland gehört nicht dazu. (dpa/W)

■ Siehe Kommentar Seite 8

Rostock: Festgesetzter Frachter ist ausgelaufen

Rostock. Das seit Anfang März im Rostocker Überseehafen festgehaltene Frachtschiff »Atlantic Navigator II« ist wieder ausgelaufen. Eine Sprecherin des Hauptzollamtes bestätigte gegenüber *dpa* am Freitag die Freigabe für das Schiff. Der Trackinganbieter Vesselfinder zeigte am Nachmittag, dass der unter der Flagge der Marshallinseln fahrende Frachter einer kanadischen Reederei in die Ostsee einfuhr. Das aus Sankt Petersburg kommende Schiff hatte Rostock am 4. März wegen technischer Probleme anlaufen müssen. Das Schiff mit dem Zielhafen Baltimore hatte Waren aus Russland an Bord, die auf der EU-Sanktionsliste stehen, darunter Birkenholz. Außerdem soll angereichertes Uran für US-Atomkraftwerke an Bord gewesen sein. Zur Frage, ob diese Waren weiter an Bord seien, wollte sich das Hauptzollamt nicht äußern. (dpa/W)

Rechte Gewalt nimmt zu

Laut Bundesregierung 2023 rund 29.000 Straftaten registriert. Faeser verweist auf AfD

Bei den Polizeibehörden sind 2023 noch mehr Fälle rechter Gewalt aufgelaufen als im Jahr davor. Rund 29.000 »politisch rechts« motivierte Delikte sind gemeldet worden, wie aus der *junge Welt* vorliegenden Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linke-Gruppe im Bundestag hervorgeht. Die Zahl ist damit im Vergleich zu 2022 um 5.452 Fälle angestiegen.

Den größten Anteil an der Gesamtzahl hatten demnach sogenannte Propagandadelikte (16.698) und das Verwenden verfassungsfeindlicher

Kennzeichen (16.671). Die Kriminalämter meldeten 1.270 registrierte Gewalttaten durch mutmaßliche Neonazis, davon 1.123 Körperverletzungen. »Links«, »Ausländische Ideologie«, »Religiöse Ideologie« und »Sonstige« wurden jeweils nicht mehr als 500 Körperverletzungen zugeordnet. In vier Fällen seien Tötungsdelikte durch rechte Tatverdächtige festgestellt worden. 17 Brandstiftungen mit rechtem Hintergrund nennt die Statistik.

Für den Anstieg der Zahlen machte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am Freitag gegenüber *dpa* die

Rechtsaußenpartei AfD mitverantwortlich. »Diejenigen, die wie die AfD und ihre Unterstützer immer unverhohlener Rassismus und Menschenverachtung schüren, sind in den letzten Jahren lauter geworden.« Dadurch – und nicht etwa auch durch die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung – entstehe »ein Klima der Ressentiments und der Gewalt«.

Allein in Sachsen waren von 248 rechtsmotivierten Angriffen mindestens 380 Menschen betroffen, wie die Opferberatung »Support« des RAA Sachsen e. V. am Freitag in Dresden

mitteilte. Die Zahl der Angriffe und der Opfer stieg demnach um 21 Prozent im Vergleich zu 2022. Deutlich angestiegen sei mit sechs Angriffen die Zahl antisemitisch motivierter Gewalttaten, drei davon gegen Teilnehmer proisraelischer Kundgebungen nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober. Bundesweit wurden laut der Antwort auf die Linke-Anfrage 2.782 als antisemitisch eingestufte Straftaten in den Monaten Oktober bis Dezember registriert. 36 davon werden »links« zugeordnet, 1.031 »rechts« und 1.093 »ausländischer Ideologie«.

Marc Bebenroth

jW wird herausgegeben von 2.767 Genossinnen und Genossen (Stand 11.12.2023)
■ www.jungewelt.de/lpg

